

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

## **LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL**

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

## Inhaltsverzeichnis

- 4        STEFAN PIMMER  
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12       STEFAN PIMMER  
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven  
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42       LUCIO OLIVER  
Schattierungen einer progressiven Regierung:  
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72       TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA  
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines  
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101      DIANA GUILLÉN  
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-  
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130      Mónica del Carmen Cerón Díaz  
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:  
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153      Rezensionen
- 159      SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162      Impressum

STEFAN PIMMER

## Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie

### 1. Einleitung

Die Transformationsprozesse, die in letzter Zeit die politische Landkarte Lateinamerikas entscheidend verändert haben, zeigen deutlich den Verfall neoliberaler Hegemonie. Einerseits verweist der mit der zapatis-tischen Rebellion von 1994 begonnene Protestzyklus auf die Schwierigkeiten, mit denen Regierungen bei der Durchsetzung und der konsensualen Untermauerung von Privatisierungs- oder Deregulierungsmaßnahmen zu kämpfen haben (Schmalz/Tittor 2005: 33f). Durch eine Reihe von Regierungen, die sich gegen den *Washington Consensus* eingeschworen haben, konnten die anti-neoliberalen Kämpfe andererseits auch auf im engeren Sinne staatliches Terrain vordringen. Es wäre dennoch verfrüht, das endgültige Ende des Neoliberalismus auszurufen. Trotz der gerade in Lateinamerika kaum vorhandenen materiellen Zugeständnisse an die Subalternen haben sich neoliberale Paradigmen sowohl im Alltagsverstand<sup>r</sup> festgesetzt (Tapia 2008) und sich als solche auch in den Staatsapparaten verdichtet (Heigl 2007). Sogar in den so genannten progressiven oder linken Regierungen ist beispielsweise die Maxime der makroökonomischen Stabilität, eine der Stützen des neoliberalen Projekts, bisher kaum in Frage gestellt worden.

In diesem „postneoliberalen Interregnum“ (Brand/Sekler 2009; Candeias 2005) wird die Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Prozesse verortet, die die soziale Realität Mexikos seit dem historischen Regierungswechsel im Jahr 2000 kennzeichneten. Obwohl Mexiko nach wie vor als eine der neoliberalen Hochburgen in Lateinamerika gilt, zeigt auch hier der wachsende Unmut der Bevölkerung mit der offiziellen Regierungspolitik die Verschleißerscheinungen neoliberaler Herrschaft. Trotzdem

haben sich die Proteste bisher nicht in einer wesentlichen Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse des Landes niedergeschlagen. Im Folgenden wird daher versucht, einige der bedeutendsten Kämpfe sowie die Stabilitätsreserven aufzuzeigen, die es bisher ermöglicht haben, das neoliberale Herrschaftsprojekt trotz seiner Krise fortzusetzen.

Die Analyse stützt sich dabei auf das Konzept des erweiterten Staates, das eng mit jenem der Hegemonie in Verbindung steht. Die Begriffe stellen keinen abgeschlossenen theoretischen Rahmen dar, sondern dienen vielmehr als Leitfaden bei der Auswahl und Interpretation der Ereignisse. Hinsichtlich der Suche nach den gesellschaftlichen und politischen Stützen des neoliberalen Projekts weist das Konzept des erweiterten Staats auf die enge Beziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft hin. Die Macht der herrschenden Klassen basiert demnach nicht nur auf dem Staat im engeren Sinne und seinem Monopol der legitimen Gewalt, sondern auch auf dem Konsens breiter Bevölkerungskreise. Anders ausgedrückt gründet sich die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten nicht nur auf die politische Gesellschaft, sondern durchzieht das gesamte Feld der Zivilgesellschaft und der hegemonialen Apparate. An diese Überlegungen schließt das Konzept der Hegemonie an. Es verweist auf Herrschaftsbeziehungen, die neben einem gewissen Grad an Zwangsmaßnahmen immer auch auf dem Konsens der Subalternen zum Herrschaftsprojekt beruhen (Gramsci 1999b: 81). Im Kontext kapitalistischer Gesellschaften steht der Begriff des Konsenses jedoch nicht für eine bedingungslose Zustimmung der Beherrschten zum Projekt der herrschenden Klassen. Er impliziert eher einen Referenzrahmen, der es erlaubt, die Antagonismen kapitalistischer Vergesellschaftung zu bearbeiten und ihnen eine Richtung zu geben (Demirović 2007: 81). Dies schließt sowohl materielle als auch symbolische Zugeständnisse der herrschenden Klassen an die Subalternen mit ein. Ein hegemoniales Projekt kennzeichnet sich demnach durch eine Berücksichtigung subalternen Forderungen, ohne allerdings die soziale und ökonomische Basis desselben zu untergraben. Der Begriff des hegemonialen Projekts (Candeias 2004: 42ff; Jessop 1990: 207ff) soll dabei den prozessualen und dynamischen Charakter von hegemonialen Herrschaftsverhältnissen hervorheben. Es geht nicht so sehr darum, einer historischen Situation im Nachhinein einen hegemonialen Charakter zuzusprechen. Vielmehr müssen die Prozesse in den Blick genommen werden, die Gramsci (1999b: 36-37) als stetige Formierung und Überwindung von

instabilen Kompromissgleichgewichten bezeichnet hat und die eine konsensuale Unterwerfung der beherrschten Klassen sicherstellen oder eben nicht.

Aus diesem theoretischen Blickwinkel stellt der Beginn der zu untersuchenden Periode – der Wahlsieg von Vicente Fox und der Partei der Nationalen Aktion (Partido de Acción Nacional, PAN) im Jahr 2000 – keinen Bruch oder etwa die „Ankunft“ in der Demokratie dar. Im Gegensatz zu einer Literatur, die auf den Begriff des demokratischen Übergangs (*transición democrática*) abstellt und von den Ereignissen seit 2003 selbst widerlegt wurde, wird im vorliegenden Artikel der Schwerpunkt auf die Elemente der Kontinuität gelegt. Zwar war die Euphorie rund um den Wahlerfolg der PAN nur allzu verständlich: Immerhin konnte die Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) nach siebzig Jahren an der Regierung aus dem Präsidentenpalast vertrieben werden. Sie lenkte aber von der Tatsache ab, dass die Regierung Fox im Grunde genommen das neoliberale Projekt weiterführen würde, das seit 1982 die offizielle Regierungspolitik bestimmte. Dieses Datum markiert auch das Ende des mexikanischen peripheren Fordismus, der sich auf eine importsubstituierende Industrialisierung und ein politisches Regime mit den drei Grundpfeilern des Präsidentialismus, Korporativismus und des Ein-Parteien-Systems gestützt hatte. In wirtschaftlicher Hinsicht führte ein begrenzter Binnenmarkt zur Extraversion, also zur Außenorientierung der Kapitalströme, und zur Finanziarisierung des Akkumulationsregimes. Zur gleichen Zeit veränderten aufeinander folgende politische und wahlrechtliche Reformen jeden einzelnen der drei Grundpfeiler des politischen Regimes. Die Formierung und Konsolidierung von Oppositionsparteien und ihre sukzessive Integration in die bundesstaatlichen und in den nationalen Kongress untergruben schrittweise das Ein-Parteien-System. Gleichzeitig wurde die Macht des Kongresses, der früher dem Präsidenten untergeordnet war, ausgeweitet und autonomisiert. Schließlich beendete auch die Trennung zwischen Staat und Gewerkschaften den „alten“ Korporativismus, der einem mit der neoliberalen Modernisierung in Einklang stehenden Neokorporativismus Platz machte (Pirker 2001).

Im Rahmen dieser Transformationsprozesse veränderten sich ebenfalls die Formen der Herrschaftsausübung sowie die Zugangskanäle zur politischen Macht. Zugleich förderten sie die Entstehung neuer Formen der sozialen Organisation: Während sich der „alte“ Korporativismus auf eine

allumfassende Kontrolle der Zivilgesellschaft von „oben“ gestützt hatte, implizierte die Schließung der korporativistischen Kanäle einen Kontrollverlust der politischen über die zivile Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb kam es zu einem Autonomisierungsprozess der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese sahen sich vermehrt mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich unabhängig von der direkten Kontrolle des Staates neu auszurichten. Auf der einen Seite führten diese Veränderungen seit Beginn der 1980er Jahre zu einer Reorganisation des Blocks an der Macht, wie die neue Rolle des international artikulierten Unternehmertums, der katholischen Kirche und des Fernseh-Duopols veranschaulichen. Auf der anderen Seite bewirkten sie auch eine Stärkung subalternen AkteurInnen, wie etwa der unabhängigen gewerkschaftlichen oder der indigenen Bewegung.

Der vorliegende Text analysiert das Aufeinandertreffen dieser und anderer sozialer und politischer Kräfte im Zeitraum von 2000 bis 2009, unterteilt in drei Phasen: 1) die erste Hälfte der Amtsperiode von Vicente Fox bis zu den Kongresswahlen von 2003, 2) die zweite Hälfte dieser Amtsperiode im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen von 2006 und 3) die erste Hälfte der gegenwärtigen Amtsperiode von Felipe Calderón bis zu den Kongresswahlen von 2009. Diese an den Wahlen ausgerichtete Periodisierung nimmt jedoch nicht nur die im strikten Sinne politischen Ereignisse in den Blick. Die Besonderheit des mexikanischen politischen Regimes, das auf den so genannten Sexenios – sechsjährigen Präsidentschaftsperioden ohne Möglichkeit der Wiederwahl – basiert, impliziert, dass die Wahlen tendenziell den Rhythmus des gesamten politischen und sozialen Lebens des Landes beeinflussen.<sup>2</sup>

## **2. In Richtung Kongresswahlen 2003: Wechsel ohne Veränderung**

Nach siebenzig Jahren PRI-Regierung ist die Euphorie nur allzu verständlich, die der Sieg von Vicente Fox und der PAN bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 auslöste. Hinter diesem Erfolg stand ein Diskurs, der auf der Betonung demokratischer Werte und der Verurteilung der Korruption des alten PRI-Regimes beruhte, sowie das Versprechen, das neoliberale Wirtschaftsmodell zu ändern (Tello 2007: 717ff). Dies ermöglichte es, die

PRI aus dem Regierungssitz *Los Pinos* zu vertreiben: ein Ereignis, das trotz der sukzessiven Reformen des Wahlrechts für viele MexikanerInnen nicht vorstellbar gewesen war. Die Hoffnungen, die Fox mit seinen Wahlversprechen hervorgerufen hatte, ließen jedoch vergessen, dass mehrere Elemente eher auf die Fortsetzung des vorherigen Herrschaftsprojektes hindeuteten denn auf eine wirkliche „Veränderung“.

Auf der einen Seite muss berücksichtigt werden, dass seit der Regierung von Carlos Salinas de Gortari (1988–1994) die PAN nur beschränkt die Rolle einer Oppositionspartei wahrgenommen hatte. Durch einen strategischen Pakt mit der PRI, der auf der gegenseitigen Annäherung der jeweiligen ideologischen Haltungen beruhte, war sie zumindest von der politischen Verfolgung ausgenommen worden, unter der andere Parteien zu leiden hatten. Arnaldo Córdova zufolge erklärt sich die friedliche Regierungsübergabe der PRI an die PAN aus der Überzeugung der herrschenden Klassen, dass kein grundlegender Unterschied mehr zwischen der rechtsgerichteten PRI und der neuen ultrarechten Ausrichtung der PAN bestand (Córdova 2009: 99; vgl. auch Meyer 2007: 16f). Vicente Fox legte zwar eine gewisse Inkohärenz in Bezug auf die Einstellungen der extremen Rechten an den Tag. Dennoch ermöglichte und förderte er den Aufstieg von deren Repräsentanten in höchste Regierungsämter. Die Nominierung von Carlos Abascal zum Arbeitsminister und von Muñoz Gutiérrez zum Leiter der Präsidentschaftskanzlei, beide Mitglieder des Geheimbundes El Yunque, sind diesbezüglich nur zwei Beispiele (vgl. Delgado 2007; Rodríguez Araujo 2009: 283f). Außerdem setzte Fox neue Maßstäbe hinsichtlich der Annäherung der Regierung an die katholische Kirche, mit der auch die Vertreter der extremen Rechten in enger Verbindung stehen. Es ist kein Zufall, dass er just vor seiner Amtsübernahme in die Basilika der Nationalheiligen Guadalupe eilte, um dort vor laufenden Fernsehkameras zu beten und die Kommunion einzunehmen (vgl. Boris/Sterr 2002: 106).

Auf der anderen Seite war die Macht des Präsidenten schon zu Beginn seiner Amtszeit zu sehr eingeschränkt, um auf eigene Faust Reformen durchführen zu können – selbst wenn er substantielle Veränderungen beabsichtigt hätte. Fox fehlten sowohl die absolute Mehrheit im Kongress und die Unterstützung einer disziplinierten und ihm untergeordneten Partei als auch die Kontrolle über die bundesstaatlichen Regierungen, die sich mehrheitlich in der Hand der PRI befanden. Außerdem regierte in der Bundeshaupt-

stadt die Partei der Demokratischen Revolution (Partido de la Revolución Democrática, PRD) unter dem Vorsitz von Andrés Manuel López Obrador, der sich im Laufe der Zeit als erbittertster Gegner des neuen Präsidenten herausstellen sollte. Fox fehlte somit der Großteil jener machtvollen Hebel, die den Präsidentialismus des alten PRI-Regimes ausgezeichnet hatten (vgl. Aziz Nassif 2009: 28).

Einerseits zeigte sich der begrenzte Spielraum des neuen Präsidenten innerhalb der politischen Gesellschaft, vor allem hinsichtlich der Spannungen zwischen der Regierung und dem Kongress. Letzterer verweigerte Fox die Zustimmung zu praktisch allen großen Verfassungsreformen, die dieser innerhalb der ersten drei Jahre seiner Amtsperiode durchzusetzen versuchte. Deutlich wurde dies etwa im Rahmen der indigenen Reform, mit der Fox den Konflikt mit den Zapatisten in Chiapas beilegen wollte. Vor allem seine eigene Partei und die PRI stellten sich gegen einen Reformvorschlag im Sinne der Verträge von San Andrés, die 1996 zwischen den Zapatisten und dem damaligen Präsidenten Luis Echeverría vereinbart worden waren. Die Reform, die letztendlich im April 2001 verabschiedet wurde, wich in wesentlichen Punkten von diesen Vereinbarungen ab (Díaz Polanco 2001), woraufhin die EZLN den Dialog mit der Regierung abbrach. Auch die Pläne für eine Steuerreform fanden im Kongress keine Zustimmung. Um die Staatseinnahmen zu erhöhen, sah der Vorschlag des Präsidenten vor, Lebensmittel, Medikamente und Schulgelder in die Besteuerungsgrundlage aufzunehmen, gleichzeitig jedoch die Einkommenssteuer zu senken. Die Abstimmung über die Reform wurde jedoch immer wieder verschoben, und es verstärkte sich der Eindruck, „dass der Präsident drei Oppositionsparteien im Kongress hatte“ (Aziz Nassif 2009: 30).

Andererseits setzten auch die zuvor angedeuteten Transformationsprozesse in der Zivilgesellschaft, die nicht mehr der direkten Kontrolle des „alten“ Korporativismus unterworfen waren, der Macht des Präsidenten neue Grenzen. Exemplarisch dafür steht der Widerstand der EinwohnerInnen von Atenco und Texcoco gegen das Vorhaben, Tausende Hektar Land für den Bau eines neuen Flughafens für Mexiko Stadt zu enteignen. Um sich gegen die Enteignung zu wehren, gründeten die BewohnerInnen der betroffenen Gemeinden die Front der Völker zur Verteidigung des Landes (Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra, FPDT). Aufgrund von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der FPDT und der Polizei im

Juli 2002 versuchte Fox persönlich, das Problem zu lösen. Angesichts der beharrlichen Weigerung der Ejido-Mitglieder<sup>3</sup>, ihr Land zu verkaufen, blieb dem Präsidenten allerdings nichts anderes übrig, als das Projekt offiziell für beendet zu erklären (La Jornada 2002).

Kurz und gut, diese Misserfolge förderten eine Inkompetenz und Ungeschicklichkeit des Präsidenten zutage, die mit der im Wahlkampf vorgegebenen charismatischen Persönlichkeit kontrastierte. Zudem deuteten sie die Umriss eines Regierungsprojektes an, das nichts mit den Wahlversprechen zu tun hatte. So verabsäumte es Fox, die Auflösung der autoritären Strukturen des „alten“ Regimes in Angriff zu nehmen, die er sich im Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben hatte. Ganz im Gegenteil suchte er die Unterstützung deren wichtigster Sektoren, wie seine Annäherung an die Nationale Lehrergewerkschaft (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación, SNTE) und deren Anführerin Elba Esther Gordillo veranschaulicht (Aziz Nassif 2009: 45; Montalvo Ortega 2005: 168). Vor allem aber die Vorfälle rund um die „Freunde von Fox“ (Amigos de Fox) ließen Zweifel an den angeblichen Demokratisierungsabsichten des neuen Präsidenten aufkommen. Kurz vor den Kongresswahlen 2003 bestätigte das Bundeswahlinstitut (Instituto Federal Electoral, IFE), dass diese Plattform aus Unternehmern und einflussreichen Persönlichkeiten den Wahlkampf des Präsidenten mit illegalen und ausländischen Geldern unterstützt hatte und verhängte über die Regierungskoalition eine historische Strafe von über 500 Millionen Pesos (Urrutia 2003). Auch in wirtschaftlicher Hinsicht kam Fox seinen Wahlversprechen nicht nach. Entgegen der Ankündigung, sich vom neoliberalen Wirtschaftsmodell zu distanzieren, setzte er die Privatisierungsmaßnahmen vor allem im Energiesektor fort (Ángeles Cornejo 2007). Zusammen mit der gescheiterten Steuer- und Arbeitsmarktreform und der Tatsache, dass einer wirtschaftlichen Außenöffnung des Landes Nachdruck verliehen wurde, deutete alles auf eine Fortsetzung des 1982 begonnenen neoliberalen Modells hin.

Angesichts der mageren Ergebnisse dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik suchte Fox sowohl den ständigen Kontakt zu den Massenmedien (Aziz Nassif 2009: 31) als auch zum internationalen politischen Parkett, um dort für sein Regierungsprojekt zu werben. Die Medialisierung seiner Person und die internationalen Abkommen konnten jedoch den negativen Saldo der Regierungspolitik in anderen Bereichen nicht ausgleichen. In den Kongresswahlen vom Juli 2003, in denen Fox dazu aufrief, die „Veränderung“ nicht länger zu

bremsen (vgl. Camacho Solís 2004), erlitt die PAN eine schwere Niederlage. Die PRI hingegen konnte einen Teil ihrer früheren Stärke sowohl im Kongress als auch in einigen Bundesstaaten zurückerobern. Das wichtigste Ergebnis dieser Wahlen waren jedoch die Frustration der Bevölkerung aufgrund der gebrochenen Wahlversprechen und ein allgemeines Misstrauen der Bevölkerung gegen das politisch-institutionale System, eine Tatsache, die in einer Wahlbeteiligung von nur 58,2 % zum Ausdruck kam (Concha Cantú 2004).

### **3. In Richtung Präsidentschaftswahlen 2006: vorgezogener Kampf um die Nachfolge von Vicente Fox**

Aus mehreren Gründen ist die zweite Hälfte der Amtszeit von Vicente Fox von großem Interesse. Zum einen bestätigte sich endgültig die neoliberale Ausrichtung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Regierung Fox trieb nicht nur den Abbau und die Privatisierung des Sozialversicherungssystems voran, vor allem im Bereich der Pensionen (Cota Sánchez 2007). Durch die Festschreibung der makroökonomischen Stabilität im Bundesgesetz für Budget und finanzielle Verantwortung (Ley Federal de Presupuesto y Responsabilidad Hacendaria; vgl. Tello 2007: 725) wurde auch das Finanzkapital einseitig begünstigt (vgl. Pérez Fernández del Castillo 2008: 20). Diese Politik ging auf Kosten des Wirtschaftswachstums und der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das Fehlen neuer Arbeitsplätze und die ansteigende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Andrade 2007: 34) trugen zur Prekarisierung der Arbeit und zur Erhöhung der Armut bei und verstärkten zusätzlich die Arbeitsmigration in die USA. Die einzigen Faktoren, die ein „normales“ Funktionieren der mexikanischen Volkswirtschaft vortäuschten, waren ausländische Direktinvestitionen, der Export von Erdöl und die finanziellen Rücküberweisungen der in die USA emigrierten Arbeitskräfte (ebd.: 22). Die Wirtschaftspolitik der Regierung vertiefte mit anderen Worten die ökonomische Abhängigkeit Mexikos von den USA und ignorierte die Zeichen einer bevorstehenden Rezession, die die letzten Stützen der mexikanischen Wirtschaft zum Einsturz bringen sollte.

Zum anderen kam es in politischer Hinsicht zu einem sukzessiven Autoritätsverlust des neuen Präsidenten, welcher einen vorgezogenen Nachfolgekampf zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Landes

nach sich zog. Die Präsidentschaftswahl von 2006 wurde schon frühzeitig zum Bezugsrahmen jedweder politischen Maßnahme, sowohl seitens der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien (Aziz Nassif 2009: 35; Meyer 2007: 151). Auf der einen Seite spitzten sich dadurch die sozialen und politischen Kämpfe zu und führten zu einer tief greifenden Spaltung der mexikanischen Gesellschaft. Auf der anderen Seite förderte dies den Verfall der zuvor mühsam etablierten demokratischen Institutionen. Ein Vorzeichen für diesen institutionellen Verfall war die Erneuerung der Ratsmitglieder des Bundeswahlinstituts IFE Ende Oktober 2003. Aufgrund der kritischen Linie des Instituts, das etwa die illegale Finanzierung der Wahlkämpfe der PRI und PAN aus dem Jahr 2000 mit hohen Geldstrafen belegt hatte, setzten diese Parteien ihnen günstig gestimmte KandidatInnen durch und ignorierten zudem die Vorschläge der PRD (Pérez Fernández del Castillo 2008: 81ff). Diese Vorgehensweise beendete nicht nur die Autonomie und Legitimität des IFE, sondern schuf auch die Grundlagen für einen Plan, der sich ab 2004 abzuzeichnen begann: mit allen Mitteln den Wahlsieg des linken Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador zu verhindern. Durch eine geschickte Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte sich der vormalige Bürgermeister von Mexiko Stadt als aussichtsreicher Kandidat der Linken für die Präsidentschaftswahlen von 2006 positioniert. Ihm gegenüber formierte sich eine aus unterschiedlichen rechtskonservativen Kräften bestehende Front, die zunächst die Kandidatur und später gegebenenfalls den Wahlsieg des linken Kandidaten zu verhindern suchte. Ein erster Versuch bestand darin, López Obrador im Rahmen der so genannten Videoscandale mit der Korruption einiger seiner Mitarbeiter in Verbindung zu bringen. Diese zwischen der PRI, der PAN und der Bundesregierung konzertierte Aktion schlug jedoch fehl und rief eine Protestbewegung hervor, die vor allem im darauf folgenden Amtsenthebungsverfahren (*desafuero*) gegen López Obrador von entscheidender Bedeutung sein sollte. Wegen eines angeblich nicht rechtzeitig erfolgten und durch einen richterlichen Bescheid verfügten Baustopps einer Zufahrtsstraße zu einem Krankenhaus leitete die Generalstaatsanwaltschaft (Procuraduría General de la República) im Mai 2004 ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs gegen López Obrador ein. Als der Kongress ein Jahr später tatsächlich für die Aufhebung seiner politischen Immunität und damit für den Verlust seines passiven Wahlrechts stimmte, kam es zu massiven Protesten in der Haupt-

stadt. Aufgrund der allgemeinen Ablehnung dieser Vorgehensweise seitens der Regierung blieb Fox schließlich nichts anderes übrig, als dieses offensichtlich politisch motivierte Verfahren einzustellen und den Generalstaatsanwalt zu entlassen (Pérez Fernández del Castillo 2008: 27f). Hatte schon die Erneuerung des IFE die nur vorgetäuschten „demokratischen“ Bestrebungen der Regierung durchblicken lassen, blieb nach dem gescheiterten Immunitätsentzug gegen den Bürgermeister kein Zweifel mehr bezüglich der Bereitschaft des Präsidenten, die politischen Institutionen für parteipolitische und persönliche Zwecke zu missbrauchen.

Um dieses aggressive Verhalten der hinter der offiziellen Regierungspolitik stehenden herrschenden Gruppen zu erklären, ist es notwendig, das allgemeine gesellschaftliche Klima zu beachten, in der sich die zuvor erwähnten Ereignisse einfügten. Das hohe Niveau der Mobilisierungen wies auf die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer Regierung hin, die das Versprechen eines politischen und wirtschaftlichen Kurswechsels mehrmals gebrochen hatte. Zusammen mit einem allgemeinen Gefühl der Unzufriedenheit erklärt dies die Bereitschaft, für die jeweiligen Forderungen und Ansprüche auf die Straße zu gehen. In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit sah sich Fox nicht nur mit den Protesten der unabhängigen gewerkschaftlichen Bewegung konfrontiert, die gegen die Reformen am Arbeitsmarkt und im Sozialversicherungssystem protestierten, sondern auch mit den vielfältigen Protesten der BäuerInnen- und LandarbeiterInnenbewegung und globalisierungskritischer Gruppierungen. In diesem Kontext fürchteten die herrschenden Gruppen zu Recht einen linken Präsidentschaftskandidaten, der bereits seine Fähigkeiten bewiesen hatte, die Massen zu mobilisieren und ihre Unzufriedenheit zu kanalisieren. Die Präsidentschaft von López Obrador hätte ein Herrschaftssystem in Frage gestellt, das auf der Ausschließung weiter Teile der Bevölkerung beruhte.

Da es den rechtskonservativen Kräften nicht gelungen war, die Kandidatur von López Obrador zu verhindern, konzentrierte man die gesamte Energie auf den bevorstehenden Wahlkampf. Wie die vorangegangenen Ereignisse vermuten ließen, artete dieser in einen „schmutzigen Krieg“ gegen López Obrador aus. Nicht nur der Präsident selbst, sondern auch der Multimillionär Victor González Torres und der Koordinationsrat der Unternehmensverbände CCE (Consejo Coordinador Empresarial)<sup>4</sup> diffamierten wiederholt und entgegen den gesetzlichen Bestimmungen den

linksgerechten Präsidentschaftskandidaten.<sup>5</sup> Die neuen Ratsmitglieder des IFE erfüllten die Erwartungen der PAN und der PRI mit einem äußerst zögerlichen und passiven Verhalten (Pérez Fernández del Castillo 2008: 79ff). Kurz vor den Wahlen sickerte zudem die Information durch, dass der Schwager des Präsidentschaftskandidaten der PAN, Felipe Calderón Hinojosa, direkten Zugang zu Daten des Wahlregisters hatte (La Jornada 2006). Damit war die Glaubwürdigkeit und Legitimität der politischen Institutionen endgültig zerstört. Als das IFE am Ende des Wahltags, dem 2. Juli 2006, erklärte, dass aufgrund des geringen Stimmenunterschieds zwischen Felipe Calderón und López Obrador kein endgültiges Ergebnis bekannt gegeben werden könne, waren weite Teile der Bevölkerung von einem erneuten Wahlbetrug überzeugt. Im Rahmen der massiven Proteste, die in den darauf folgenden Tagen mehr als zwei Millionen Menschen in der Hauptstadt versammelten, wurde eine komplette Neuauszählung der Stimmen gefordert. Gleichzeitig wurden die Unregelmäßigkeiten sowohl während des Wahlkampfes als auch am Wahltag selbst auf gerichtlichem Weg angefochten. Auch dies konnte jedoch eine Entscheidung nicht rückgängig machen, die allem Anschein nach abseits der Wahlurnen gefällt worden war. Am 5. September 2006 wies das oberste Wahltribunal in einem äußerst polemischen und widersprüchlichen Urteil alle legalen Anfechtungen zurück und erklärte Felipe Calderón Hinojosa von der PAN mit einem Vorsprung von nur 243.934 Stimmen oder 0,58 % zum Wahlsieger (IFE 2006; Pérez Fernández del Castillo 2008: 124ff). Der „Triumph“ von Calderón hinterließ jedoch einen bitteren Nachgeschmack, implizierte er doch die Zerstörung der demokratischen Institutionen, eine kaum vorhandene Legitimität des neuen Präsidenten und eine gesplante Gesellschaft.

Im Kontext dieser Ereignisse ist es notwendig, auf die ersten Umriss eines autoritären und militarisierten Staates hinzuweisen, die ab der zweiten Hälfte der Amtszeit von Fox sichtbar wurden. Neben der zuvor angesprochenen offenen Vereinnahmung der staatlichen Institutionen für machtpolitische Zwecke lassen sich weitere Aspekte aufzeigen, die eine Verstärkung der autoritären Tendenzen nahe legen. Zum einen deutet eine Reihe von Ereignissen auf eine Veränderung in den Formen sozialer Kontrolle und staatlicher Zwangsausübung hin. Während die korporativen Strukturen des „alten“ PRI-Regimes eine „verdeckte“ Repression und die frühzeitige Aufdeckung von Konfliktherden erleichtert hatten, führten der Zerfall und die Zerstö-

rung ebendieser Strukturen zu einem Kontrollverlust der politischen über die zivile Gesellschaft. Im neuen Regime erweist es sich als immer schwieriger, die sozialen Bewegungen mithilfe der Kooptation ihrer AnführerInnen, partiellen Zugeständnissen und einer indirekten und punktuellen Repression zu zerschlagen. Dies erklärt zumindest teilweise die „Notwendigkeit“ einer direkten, unmittelbaren und punktuellen Repression (Espeleta Olivera 2008: 120), wie sie in der Niederschlagung der globalisierungskritischen Bewegung in Guadalajara im Mai 2004, der Repression gegen die FPDT in Atenco im Mai 2006 und dem Militäreinsatz gegen die Volksversammlung der Völker Oaxacas (Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca, APPO) im November 2006 zu beobachten war. All diese Ereignisse zeichneten sich durch ein Großaufgebot von Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs, eine brutale Niederschlagung der Demonstrationen, massive und willkürliche Verhaftungen und die systematische Folterung der Festgenommenen aus. Im Fall von Atenco kam es zudem zu einer massiven Vergewaltigung von Frauen (Centro Prodh 2006), während man in Oaxaca auf das Verschwinden lassen von willkürlich Festgenommenen zurückgriff (CCIODH 2007).

Diese faktische Abkehr vom Demokratisierungsversprechen und die neue Linie einer „harten Hand“ wurden auf legislativer Ebene durch Gesetzesinitiativen ergänzt, die auf eine Kriminalisierung der sozialen Proteste und die Einschränkung der zivilen Rechte abzielen. Hervorzuheben ist diesbezüglich das Gesetz für Nationale Sicherheit (Ley de Seguridad Nacional), das im Dezember 2004 beschlossen wurde. Es ermöglicht die Überwachung privater Kommunikation, insofern diese eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt. Der Begriff selbst entbehrt jedoch einer präzisen Definition und ermöglicht somit eine willkürliche Anwendung der durch das Gesetz festgelegten Befugnisse (Camacho 2007).

Auch die Militarisierung des Landes, die vor allem unter Calderón besorgniserregende Ausmaße erreicht hat, ließ sich in Anfängen schon bei Fox beobachten. Anlass dazu gab die rapid ansteigende Gewalt unter den Drogenkartellen, die sich seit dem Ausbruch des Drogenbosses Joaquín Guzman aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Jahr 2001 Gefechte um die Kontrolle von Transitrouten und Territorien liefern. Dies nützte die Regierung Fox dazu, um den Einsatz der Streitkräfte im öffentlichen Raum zu propagieren (Centro Prodh 2009: 16). Einen Vorgeschmack auf die Handlungsmaxime des folgenden Sexenio bot die Operation „Sicheres Mexiko“.

Diese Serie von Militäreinsätzen wurde im Juni 2005 gestartet, um die Stadt Nuevo Laredo aus der Hand der Drogenkartelle zu befreien. Neben der zunehmenden Präsenz der Soldaten in der Öffentlichkeit brachte sie auch eine faktische Unterordnung der zivilen Instanzen unter den Oberbefehl der Streitkräfte mit sich (Benítez Manaut 2009: 185f). Schließlich verschärfte auch die Gründung der Nordamerikanischen Allianz für Sicherheit und Wohlstand (Alianza para la Seguridad y Prosperidad de América del Norte, ASPAN) die autoritären Tendenzen. Die Vereinbarungen im Rahmen dieses Abkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko, das die Themenbereiche Sicherheit und Neoliberalismus miteinander verbindet, sind zumindest in Mexiko nicht der Kontrolle der legislativen Gewalt untergeordnet und verstoßen damit gegen die Mechanismen der formalen Demokratie (Arroyo Picard 2009: 20f).

#### **4. In Richtung Kongresswahlen 2009: Umriss eines autoritären und militarisierten Staates**

Die Mobilisierungen im Kontext der Präsidentschaftswahlen von 2006 und die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung veranschaulichten die fehlende Legitimität Felipe Calderóns. Angesichts der massiven Proteste der Bewegung gegen den Wahlbetrug, die López Obrador als „legitimen“ Präsidenten von Mexiko proklamierte, war Calderón dazu angehalten, seinen Amtsantritt und sein Mandat auf sichere Beine zu stellen. Er tat dies, indem er die autoritären Konturen des Staates verstärkte und das Land militarisierte. Seit Beginn seiner Amtszeit weist eine Reihe von Ereignissen auf seine Annäherung zu den Streitkräften hin. Nicht nur die Amtsübergabe zwischen Fox und Calderón fand entgegen der Tradition am 30. November 2006 in einer vorgezogenen Zeremonie in der Heroischen Militärakademie (Heróico Colegio Militar) statt. Schon zwei Tage später kehrte Calderón dorthin zurück, um den Einsatz der Streitkräfte zu loben und eine Erhöhung ihres Budgets zu versprechen. Zudem zeigte sich Calderón im Rahmen einer Truppenübung Anfang Jänner 2007 in militärischer Uniform, auch dies ein Bruch mit der Verhaltensweise seiner Vorgänger. Diese Botschaften gingen einher mit einer Ausweitung und Intensivierung der militärischen Operationen seines Vorgängers Fox. Zusammen mit der Gründung der Elitetruppe *Cuerpo*

*Especial de Fuerzas de Apoyo Federal*, die dem direkten Befehl des Präsidenten unterliegt, ließen diese Maßnahmen keinen Zweifel daran, dass Calderón den Streitkräften eine tragende Rolle einräumen würde (Centro Prodh 2009: 17f).

Die Aufwertung der Streitkräfte fand im Kontext einer drastisch steigenden Gewalt der Drogenkartelle statt, die sich blutige Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Aufteilung von Territorien lieferten. Dies ermöglichte es dem Präsidenten, sowohl die Anwesenheit der Streitkräfte im öffentlichen Raum zu rechtfertigen als auch eine Kriegslogik in der Bevölkerung zu propagieren. Die Regierung nutzte die Darstellung eines „gemeinsamen“ Feindes in Form der Drogenkartelle nicht nur, um die tief greifende Spaltung der mexikanischen Gesellschaft zu verhüllen. Der Kampf gegen den Drogenhandel brachte auch einen faktischen Ausnahmezustand mit sich, in dessen Rahmen die autoritären Konturen des Staates vertieft wurden.

Dazu gehörten unter anderem die Schläge gegen die politische Opposition, die sich nicht selten außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen bewegten. Beispiele dafür sind die mediale Zensur gegen die Präsidentin des Abgeordnetenhauses und PRD-Politikerin Ruth Zavaleta beim ersten Jahresbericht der Regierung (*Informe de Gobierno*) am 1. September 2007 (Pérez Ballinas 2007), oder die Abstimmung über eine Reform des staatlichen Erdölunternehmens PEMEX im Senat Ende Oktober 2008. In deren Rahmen hinderte die Bundespolizei unter der direkten Aufsicht des Ministers für öffentliche Sicherheit (*Secretario de Seguridad Pública*) einige Senatoren, die sich im Vorfeld gegen die Reform ausgesprochen hatten, am Zutritt zum Tagungsraum (Villamil 2008). Auch der Schlag gegen die von der PRD angeführte Landesregierung von Michoacán kurz vor den Kongresswahlen im Juli 2009 zeigt einen willkürlichen und politisch motivierten Einsatz der staatlichen Sicherheitskräfte seitens der Bundesregierung. Vierzig Tage vor den Wahlen wurde ein Militäreinsatz angeordnet, in dem mehrere Bürgermeister und Staatsfunktionäre – mehrheitlich aus den Reihen der PRD und der PRI – unter dem Vorwurf der Verstrickung mit den Drogenkartellen verhaftet wurden (Villanueva 2009: 39; Carrazco Araizaga/Castellanos 2009).

Parallel zu diesen Vorkommnissen wurden auch auf gesetzlicher Ebene die Einschränkungen der Grundrechte vorangetrieben und zugleich die Befugnisse der staatlichen Sicherheitskräfte ausgeweitet. Beispiel dafür ist das Reformpaket vom 9. März 2007, in dem der Tatbestand des „organisierten Verbrechens“ in das Strafgesetz aufgenommen wurde. Der Begriff

selbst blieb jedoch äußerst vage (Garduño/Méndez 2008a) und eröffnet damit einen breiten Spielraum für eine willkürliche Auslegung gegen soziale Protestbewegungen. Dasselbe Muster zeigte sich auch in der Gesetzesreform vom 26. April 2007, in deren Rahmen das Delikt des „Terrorismus“ in das Strafgesetz inkludiert wurde. Auch in diesem Fall entbehrt der Begriff einer exakten Definition und verleitet dadurch – wie im Fall der „vergleichenden Entführung“<sup>6</sup> – zu einer Anwendung gegen soziale Protestbewegungen (Montemayor 2009: 38). Bezüglich der Erweiterung polizeilicher Befugnisse ist vor allem die Reform der Bundespolizei (Policía Federal) vom 1. Juni 2009 von Bedeutung. Dieser Spezialeinheit, deren Mitglieder vor allem aus den Reihen der Streitkräfte rekrutiert werden, wurde eine Reihe von zusätzlichen Kompetenzen eingeräumt, darunter etwa die Abhörung privater Telefongespräche (Méndez 2009). Auch die Ereignisse rund um den Ausbruch des Virus A/H1N1 im April 2009 fügen sich in diesen Kontext ein. Die Regierung zeichnete sich nicht nur durch eine tendenziöse und willkürliche Informationspolitik aus, sondern nützte den Notstand auch zur Erlassung von Sonderdekreten, die eine Einschränkung verfassungsrechtlich geschützter Grundrechte mit sich brachten<sup>7</sup> (vgl. Modonesi/Oliver 2009).

Letztlich müssen auch die internationalen Verträge in Hinblick auf die Entstehung eines autoritären und militarisierten Staates berücksichtigt werden. Neben einer Erweiterung der Übereinkommen im Rahmen der ASPAN wurde im Oktober 2007 nach dem Vorbild des Plan Colombia auch der so genannte Plan Mérida beschlossen. Er umfasste allein bis zum Jahr 2009 Transferleistungen seitens der USA im Umfang von mehr als einer Milliarde US-Dollar. Diese inkludierten militärische Ausrüstung und Technologie für Spionage und Überwachung, Ausbildungsprogramme für mexikanische Streitkräfte im Kampf gegen den Drogenhandel und Mittel zum Zweck der Migrationskontrolle (Garduño/Méndez 2008b). Mit diesem Abkommen wurde die Durchdringung der mexikanischen Armee und der Regierungsapparate seitens der US-amerikanischen Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes noch weiter vertieft: ein Umstand, der in Lateinamerika historisch eng mit der Bekämpfung revolutionärer Aufstände verbunden ist (Fazio 2007).

Die steigende Gewalt der Drogenkartelle wurde von der Regierung jedoch nicht nur dazu genutzt, um die Konturen eines autoritären und militarisierten Staates zu verstärken. Angesichts der ab 2007 spürbaren Finanz-

krise in den USA diene sie auch dazu, um von den größer werdenden wirtschaftlichen Problemen des Landes abzulenken. Bedenkt man, dass die vier dynamischsten Faktoren des BIP (die Maquila- und Erdölexporte, die ausländischen Direktinvestitionen und die privaten Geldüberweisungen aus dem Ausland; vgl. Andrade 2007) eng mit der US-amerikanischen Wirtschaft verbunden sind, wird klar, dass jegliche Rezession in den USA notwendigerweise auch die mexikanische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen würde. Tatsächlich erwies sich die den neoliberalen Paradigmen entsprechende Wirtschaftspolitik Mexikos gegenüber dem Einbruch der US-amerikanischen Wirtschaft als katastrophal (Cordera Campos/Flores Ángeles 2009: 82). Nicht nur verlor der mexikanische Peso gegenüber dem Dollar um mehr als 50 % an Wert. Auch die ausländischen Direktinvestitionen und die privaten Transferleistungen der in den USA lebenden MexikanerInnen erfuhren drastische Einbrüche (Notimex 2009; Banxico 2009). Zudem führte die Rezession auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, mit mehr als einer halben Million verlorener Arbeitsplätze zwischen April 2008 und April 2009 (CEPAL 2009: 6). Die Rezession in den USA schloss mit anderen Worten die wenigen Druckablassventile, die zuvor noch den Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft verhindert hatten. Dass dieser nicht allein externen Faktoren geschuldet war, sondern vielmehr auf die internen wirtschaftlichen Strukturen zurückzuführen ist, lässt sich mit folgendem Beispiel veranschaulichen: Für 2009 prognostiziert eine Schätzung der CEPAL das Wachstum des mexikanischen BIP auf minus 7 %; das Land liegt damit auf dem letzten Platz in Lateinamerika, mehr als 5 % unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von minus 1,9 % (ebd.: 1).

Angesichts dieses verheerenden Szenarios beantragte der Präsident am 1. April 2009 beim IWF einen Kredit in der Höhe von 40 Milliarden Dollar. Es war offensichtlich, dass es sich nicht um ein „Zeichen der Solidität“ handelte (Herrera Beltrán 2009), wie Calderón behauptete. Diese Rhetorik ist vielmehr im Kontext der Kongresswahlen vom Juli 2009 zu verstehen. Erwartungsgemäß versuchte die PAN im Wahlkampf, das Hauptaugenmerk auf den „Krieg gegen die Drogen“ zu lenken und unterstellte den Oppositionsparteien Verbindungen zu den Drogenkartellen. Trotz dieser neuerlichen Schmutzkampagne konnte die Regierungspartei nur 28 % der Stimmen erzielen. Größere Einbußen noch musste die PRD hinnehmen. Sie kam auf nur 12,2 % der Stimmen, ein Ergebnis, das die aufgrund innerer Auseinan-

dersetzungen erwarteten Stimmenverluste bei weitem übertraf. Die große Gewinnerin dieser Wahlen hingegen war die PRI mit 37 % der Stimmen (IFE 2009). Im Gegensatz zu ihrem Sieg bei den Kongresswahlen von 2003 liegt diesem Ergebnis ein Aufwärtstrend auf allen Ebenen zugrunde. Zusammen mit der Grünen Partei (Partido Verde) hält die PRI nicht nur die absolute Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus und kontrolliert somit die Verabschiedung des Budgets. Sie konnte auch einige wichtige Bundesstaaten wie San Luis Potosí oder Querétaro, vormalige Hochburgen der PAN, zurückgewinnen, ebenso einige wichtige Städte wie beispielsweise Guadalajara, Morelos und Cuernavaca. Der bedeutsamste Erfolg jedoch ist die Bestätigung der PRI im Bundesstaat Estado de México unter dem Gouverneur Enrique Peña Nieto. Dieser konnte sich mithilfe klientelistischer Praktiken und der unverhohlenen Unterstützung des Fernsehunternehmens Televisa als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 2012 positionieren. Der Wahlsieg der PRI wurde nur durch die geringe Wahlbeteiligung von 56 % und der Zunahme der ProtestwählerInnen getrübt, die eine ungültige Stimme abgaben (ebd.). Dies bestätigt nicht nur die offene Enttäuschung über das gesamte politische Regime, sondern auch über die Institutionen der liberalen Demokratie. Es ist Besorgnis erregend, dass diese Tendenz mit einer Neigung zu autoritären Regierungsformen einhergeht. Gemäß der Umfrage Latinobarómetro 2008 würde es 61 % der befragten MexikanerInnen nichts ausmachen, in einem autoritären Regime zu leben, wenn damit die ökonomischen Probleme des Landes gelöst würden (Latinobarómetro 2008: 83). Es scheint nicht gerade diese Haltung zu sein, die einer Radikalisierung des autoritären Regierungsprojekts von Calderón entgegenwirken könnte, noch weniger jedoch einer Rückkehr der ebenso autoritären PRI und ihrer klientelistischen und korporativistischen Praktiken.

## **5. Mexiko 2000–2009: von der passiven Revolution zur Krise der Hegemonie**

Die Durchsetzung des neoliberalen Projekts in Mexiko seit 1982 wurde als eine Serie von passiven Revolutionen charakterisiert (Morton 2003; Soederberg 2001). Mit diesem Begriff verweist Gramsci auf einen Prozess, in dem die herrschenden Klassen auf eine Infragestellung ihres Herrschaftsprojekts

mit einer konservativen Modernisierung von „oben“ nach „unten“ reagieren. Eine Umstrukturierung der ökonomisch-sozialen Basis und die passive Integration der subalternen Gruppen sollen dabei die vorherrschenden Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten aufrechterhalten (Gramsci 1999b: 171ff). Im Fall von Mexiko konnte sich diese konservative Transformation unter neoliberalen Vorzeichen auf eine generelle Abneigung gegenüber den alten klientelistischen und korporativistischen Praktiken stützen. Zusammen mit einer orientierungslosen Zivilgesellschaft, die gerade erst aus den Fängen des Staates entlassen worden war, bildete dies die Basis für einen passiven Konsens, der den ideologischen und politischen Rückhalt der neuen Regierungspolitik darstellte (Oliver 2009: 134). Die Finanziarisierung und Extraversion der Wirtschaft bildeten jedoch von vornherein enge Grenzen für eine hegemoniale Untermauerung des neoliberalen Projekts. Zudem gelang den herrschenden Klassen nur teilweise eine „Aktivierung der Subalternen“ (Adolphs/Karakayali 2007), die zudem auf wenige Bevölkerungsektoren beschränkt war. Insgesamt blieb die neoliberale Hegemonie damit relativ fragil und lückenhaft und basierte vor allem auf den herrschenden Diskursen, die gesellschaftliche Alternativen ausblendeten und einer ökonomischen Sachzwanglogik das Wort redeten. Trotz einer demokratischen „Öffnung“ mittels sukzessiver Wahlrechtsreformen verstärkte das Fehlen materieller Zugeständnisse an die subalternen Gruppen bald die Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Herrschaftsprojekt. Dies veranschaulicht paradigmatisch die breite Unterstützung für den Aufstand der Zapatisten im Jänner 1994, der eine weltweite anti-neoliberale Protestbewegung auslöste.

Die Regierungsantritt von Vicente Fox stellte diesbezüglich einen gewissen Aufschub in der Erschöpfung der neoliberalen Stabilitätsreserven dar. Der historische Regierungswechsel im Jahr 2000 war jedoch letztlich nur eine Verzögerung, die – nachdem sie ihre Vorschusslorbeeren aufgebraucht hatte – den Verfall der neoliberalen Hegemonie sogar noch beschleunigte. In diesem Sinn ist das Jahr 2003 von großer Bedeutung. Entgegen den Wahlversprechen symbolisierte es nicht nur die Fortsetzung des neoliberalen Projekts und den Bruch mit dem Demokratisierungsversprechen, sondern beinhaltete auch einen bedeutenden Kurswechsel hinsichtlich der Formen staatlicher Zwangsausübung und der sozialen Kontrolle.

Ich gehe davon aus, dass dieser Moment den Beginn einer „organischen“ Krise des neoliberalen Herrschaftsprojekts in Mexiko darstellt. Gramsci

bezeichnet damit eine Krise des Staates „in seiner Gesamtheit“ (Gramsci 1999b: 52). Der Bruch zwischen Regierenden und Regierten kommt dadurch zum Ausdruck, dass Letztere die Autorität Ersterer offen in Frage stellen. Konnten in Mexiko die vorherigen Prozesse passiver Revolution sich zumindest teilweise auf einen passiven Konsens in der Bevölkerung stützen, sah sich die Regierung ab 2003 einer massiven und offenen Kritik ausgesetzt. Die Enttäuschung über die gebrochenen Wahlversprechen der Demokratisierung und des sozialen Wohlstands mündeten in eine „Krise der Autorität“ (Gramsci 1999a: 37): Selbst die vermehrt repressiven Maßnahmen seitens der Regierung konnten nicht immer eine Umsetzung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Vorhaben sicherstellen. Beispielhaft zeigte sich dies im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens gegen López Obrador, das aufgrund der massiven Proteste schließlich wieder eingestellt werden musste.

Dieser Bruch zwischen Herrschenden und Beherrschten kam in einem vorgezogenen Nachfolgekampf um die Präsidentschaft zum Ausdruck, in der die Fortführung des neoliberalen Projekts selbst auf dem Spiel stand. Obwohl das politische und wirtschaftliche Projekt von López Obrador alles andere als „radikal“ war und sich eher in die Linie einer gemäßigten Sozialdemokratie einfügte, hätte es jedenfalls eine entscheidende Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der subalternen Gruppen mit sich gebracht. Die Fähigkeit des linken Präsidentschaftskandidaten, die Unzufriedenheit der Massen zu kanalisieren, war eine Bedrohung für ein politisches Regime, das auf deren Ausschluss und der enormen Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht basiert.

Die Präsidentschaftswahl 2006 stellte somit jenen Moment dar, an dem eine Lösung der Krise neoliberaler Hegemonie unter zumindest teilweiser Berücksichtigung subalternen Interessen am ehesten möglich erschien. Dass ein Sieg des linksgerichteten Präsidentschaftskandidaten letztlich nur durch eine breite Front an rechtskonservativen Kräften und den Wahlbetrug verhindert werden konnte, deutet ebenfalls auf die Brüchigkeit der neoliberalen Hegemonie hin. Die Fortführung des neoliberalen Projekts durch Felipe Calderón impliziert jedenfalls eine Verlängerung der organischen Krise, in der sich unterschiedliche Krisenmomente zu „unheilbaren Widersprüchen“ verdichten (Gramsci 1999a: 167f). In dieser Hinsicht hat das neoliberale Projekt nicht nur den konsensualen Rückhalt in der Bevölkerung verloren, sondern stößt auch wirtschaftlich an seine Grenzen. Dies

beweisen die Wachstumsraten des BIP: Mexiko, einst eines der wirtschaftlichen Motoren Lateinamerikas, ist im Jahr 2009 mit Abstand auf den letzten Platz zurückgefallen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, warum es im Rahmen dieser organischen Krise bislang nicht zu einer effektiven Veränderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse gekommen ist. Basierend auf den zuvor dargestellten Ereignissen sollen in der Folge einige Aspekte aufgezeigt werden, die sowohl die Reproduktion eines von Krisen gezeichneten Herrschaftsprojektes als auch die Unzulänglichkeiten emanzipatorischer Bestrebungen in den Blick nehmen.

In Bezug auf die Fortführung des in die Krise geratenen neoliberalen Projekts ist erstens die Rolle der politischen Parteien hervorzuheben. Anstelle eines allmächtigen Präsidentialismus während des PRI-Regimes steht die mexikanische Bevölkerung heute vor einer Parteienherrschaft (*partidocracia*) (Bizberg 2007), die sich durch ihre mangelnde Repräsentativität und ihre klientelistischen Praktiken charakterisiert. Weit davon entfernt, einen demokratischen Impuls zu verkörpern, vertieft die zunehmende Macht der Parteien den Bruch zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft und blockiert die Forderungen der subalternen Gruppen. Die konstante Fluktuation der PolitikerInnen zwischen den einzelnen Parteien zeugt von der geringen Bedeutung ideologischer Einstellungen, und die generelle Aversion der Parteien gegenüber der Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise verstärkt ihre konservative Rolle. Auch die PRD ist – trotz durchaus kritischer Gruppierungen innerhalb der Partei – Teil dieses Systems (Hernández Navarro 2009). Vor allem deshalb musste das politische Projekt von López Obrador die Grenzen der PRD hinter sich lassen, die sich den Regeln der formalen Demokratie auf Kosten subalternen Forderungen unterwirft.

Zweitens ist auch das Fernsehduopol, bestehend aus den Unternehmen Televisa und TV Azteca, ausschlaggebend für die Weiterführung des neoliberalen Projekts. Nach einer strengen Kontrolle unter der Herrschaft der PRI ermöglichte die demokratische „Öffnung“ eine enorme Konzentration der medialen Kräfte, die kaum einer staatlichen Kontrolle ausgesetzt sind und eindeutig autoritäre Tendenzen aufweisen. Der Einfluss dieses hegemonialen Apparats auf die öffentliche Meinung, die laut Gramsci (1984: 196) eine zentrale Verbindung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft darstellt, kann nicht überschätzt werden. Das Fernsehduopol stellt eine unentbehr-

liche Stütze des aktuellen Regimes dar, und jedwedes gegen-hegemoniale Projekt ist darauf angewiesen, dieser medialen Vereinnahmung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken und eigene mediale Strukturen aufzubauen. Im Fall der APPO in Oaxaca beispielsweise wurde die entscheidende Rolle der lokalen Radiostationen in der Organisation und Koordination der Proteste gegen den Gouverneur Ulises Ruiz deutlich. Nicht umsonst waren die Radiostationen in der Hand der Aufständischen vorrangiges Ziel der Angriffe der Polizei und paramilitärischer Organisationen. Der Bundesregierung und den Landesregierungen ihrerseits scheinen die Bedeutung der Kontrolle und Kooptation der Massenmedien und die Verhinderung alternativer medialer Strukturen bewusst zu sein. Nur so ist die gegenwärtige nachdrückliche Offensive gegen lokale und kommunale Radiostationen im ganzen Land zu erklären (OSAL 2009: 31).

Drittens erwiesen sich auch die zunehmende Repression und die Rolle der Streitkräfte und der militarisierten Polizeieinheiten als Stützpfeiler des alten Institutionensystems (Oliver 2009: 143), sind jedoch zugleich Ausdruck ihrer tiefen Krise. Die Zunahme der autoritären und repressiven Elemente allein wäre allerdings ungenügend, um die vollständige Dimension der Krise der neoliberalen Hegemonie zu erfassen. Diesbezüglich war die konkrete Ausprägungsform hegemonialer Projekte in Mexiko immer schon eng an die autoritären Strukturen des PRI-Regimes gebunden (ebd.: 120). Es ist daher eher das veränderte Muster einer vermehrt direkten, massiven und unmittelbaren Form staatlicher Zwangsausübung, das die Ausmaße der Krise zum Ausdruck bringt und sich von einer tendenziell „versteckten“ Repression des PRI-Regimes unterscheidet. Während Letzteres die repressiven Maßnahmen nie öffentlich eingestand und sie zu verbergen suchte (González Casanova 2002: 219), bekennt sich die neue Regierung dazu öffentlich als ein notwendiges Herrschaftsinstrument. Dies markiert eine Transformation der vormals populären und inkludierenden autoritären Strukturen in solche, die auf dem Ausschluss weiter Teile der Bevölkerung basieren (Oliver 2009: 81) und sich in der Militarisierung der sozialen und politischen Verhältnisse ausdrücken. Die Militarisierung ihrerseits umfasst nicht nur die Umfunktionierung der Streitkräfte in eine Art nationale Polizeieinheit – an sich schon Zeichen von politischer Instabilität (Becker 2002: 140) –, sondern impliziert auch den wachsenden politischen Einfluss der Militärs, etwa im Bereich der nationalen Sicherheit (Moloeznik 2008:

168). Vor allem im Kontext des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der gravierenden Sicherheitskrise ist der Ausbau eines autoritären und militarisierten Staates, die Beschneidung ziviler Rechte und die Kriminalisierung sozialer Proteste Besorgnis erregend. Im Rahmen einer systematischen Abschottung der formalen Institutionen gegenüber den Forderungen subalternen Gruppen erweisen sich die Polizei- und Militäreinheiten immer öfter als bevorzugtes Mittel, um soziale Proteste im Zaum zu halten oder niederzuschlagen. In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen der Streitkräfte praktisch ohne Konsequenzen bleiben: Die Angehörigen der Armee unterstehen einem von der Regierung heftig verteidigten rechtlichen Schutz, der die Anklage der Straftaten vor Zivilgerichten verhindert (Carrasco Araizaga 2009; Human Rights Watch 2009).

Zusammengefasst stellen die Zunahme und Intensivierung der autoritären Elemente und die Militarisierung des Staates eine Reaktion der herrschenden Klassen auf die Krise ihrer Autorität dar. Dies verdeutlicht jedoch nur, dass das neoliberale Herrschaftsprojekt in seiner derzeitigen Form seine hegemoniale Ausstrahlungskraft endgültig verloren hat. Obwohl subalterne Gruppen sich in dieser offenen Situation durchaus neu positionieren konnten, scheint mit dem Wahlbetrug von 2006 eine Lösung der organischen Krise zu ihren Gunsten in weite Ferne gerückt zu sein. Seit damals weisen die Ereignisse in der Tat auf eine konservative Lösung hin, die in Form einer Rückkehr der PRI und einer gewissen Wiederherstellung ihrer klientelistischen und korporativistischen Strukturen Gestalt annehmen könnte. Zudem ist es den rechtskonservativen Kräften gelungen, einen bedeutenden Teil der PRD zu kooptieren. Dies betrifft vor allem die Gruppierung der so genannten Neuen Linken (Nueva Izquierda), die sich vollständig der PAN-Regierung unterworfen hat und mithilfe gefälschter Wahlen und durch die Unterstützung der öffentlichen Wahlinstitute wichtige Positionen innerhalb der Partei besetzen konnte. Damit gelang nicht nur eine effektive Spaltung der Partei, sondern auch die Marginalisierung der Bewegung rund um López Obrador. Letzterer ist zwar noch immer in der Lage, große Massen für sein politisches Projekt zu mobilisieren – dies zeigte sich beispielsweise im Fall der Erdölreform 2008 und der Kongresswahlen 2009, in denen López Obrador mehrere Kandidaten der Arbeiterpartei (Partido de Trabajo) und der Partei der Konvergenz (Convergencia)

unterstützte. Um allerdings die eigene subalterne Position zu überwinden und ein umfassendes hegemoniales Projekt auf die Beine zu stellen, das tatsächlich auf die Kräfteverhältnisse des Landes einen entscheidenden Einfluss nehmen könnte, sind sporadische Mobilisierungen und eine ungenügende Organisation der Volksmassen, noch dazu von oben herab, nicht ausreichend. Ebenfalls als ungenügend erweist sich die Entwicklung autonomer Projekte, die isoliert von den nationalen Debatten ihr Dasein fristen, wie dies etwa am Beispiel der Zapatisten ab 2001 zu beobachten ist. Zudem werden die regelmäßigen öffentlichen Kontroversen zwischen Subcomandante Marcos und López Obrador von den rechtskonservativen Massenmedien bereitwillig aufgegriffen, die die Auseinandersetzungen der beiden wichtigsten Figuren der mexikanischen Linken zum eigenen Vorteil nutzen. Zusammenfassend ergibt dies ein Szenario, in dem eine fragmentierte Linke innerhalb der Parteienlandschaft autonomen Gruppen und Bewegungen gegenübersteht, die sich von den nationalen Debatten fernhalten. Dies lässt darauf schließen, dass es innerhalb der subalternen Gruppen kein politisches Projekt gibt, das zumindest mittelfristig eine hegemoniale Wirkung entfalten könnte. Letzteres würde nicht nur die Organisation subalternen Gruppen von „unten“ beinhalten, sondern auch die zivile und die politische Gesellschaft als entscheidende Felder des politischen Kampfes in Betracht ziehen.

Diese offensichtlichen Unzulänglichkeiten linker Gruppierungen arbeiten einer konservativen Lösung der Hegemoniekrise in die Hände. Jeglicher Versuch, mithilfe eines Projekts passiver Revolution die bestehenden Machtverhältnisse zu sichern, wird jedoch um eine wirtschaftliche Kurskorrektur und eine damit verbundene Neuzusammensetzung des Blocks an der Macht nicht umhin kommen. Zudem müssen auch die veränderten Beziehungen zwischen ziviler und politischer Gesellschaft in den Blick genommen werden. Die Schwächung der Macht des Präsidenten, die neue Rolle der politischen Parteien und der bundesstaatlichen Gouverneure, das Projekt eines militarisierten Staates von Calderón, die Macht der Drogenkartelle sowie die Erfahrungen der Proteste und der Selbstorganisation, die das mexikanische Volk in den letzten Jahren sammeln konnte, sind einige der ausschlaggebenden Faktoren in den bevorstehenden Kämpfen. Es ist allerdings noch zu früh, um über deren mögliche Ergebnisse zu spekulieren. Schon Gramsci wies darauf hin, dass politische Prozesse keinen

„objektiven“ oder „automatischen“ Verlauf nehmen. Dies gilt auch für die derzeitige Krise der Hegemonie, deren Ausgang letzten Endes durch die konkreten Strategien und Taktiken der jeweiligen sozialen und politischen Kräfte bestimmt werden wird.

<sup>1</sup> Mit Alltagsverstand bezeichnet Gramsci „die unkritisch von den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Milieus aufgenommene Weltauffassung, in der sich die moralische Individualität des Durchschnittsmenschen entfaltet“ (Gramsci 1984: 303).

<sup>2</sup> In diesem Sinn konditioniert und beeinflusst der Rhythmus der Wahlen andere politische und soziale Prozesse. Um nur drei Beispiele zu nennen: es ist kein Zufall, dass die wirtschaftlichen Krisen der Vergangenheit genau mit dem Rhythmus der Präsidentschaftswahlen übereinstimmen. Auch der Beginn der Nationalen Kampagne für eine andere Politik (*Campaña Nacional para Otra Política*), die so genannte *otra campaña* der Zapatisten, wurde etwa ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen von 2006 angesetzt. Diese Wahlen bilden außerdem den Bezugsrahmen, ohne den die Entwicklung und „Lösung“ des Konflikts der *Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca* (APPO) in Oaxaca nicht zu erklären ist.

<sup>3</sup> Ein *Ejido* ist ein in Mexiko verbreitetes System gemeinschaftlichen Landbesitzes in bäuerlichen Gemeinden, das eine individuelle Nutzung der Anbauflächen nicht ausschließt.

<sup>4</sup> Der *Consejo Coordinador Empresarial* ist die bedeutendste Unternehmensplattform Mexikos. Sie besteht aus sieben Teilorganisationen, die verschiedene Unternehmenssektoren repräsentieren, wird jedoch eindeutig von den großen und mit dem inter- und transnationalen Kapital in Verbindung stehenden Unternehmen in der Gestalt des *Consejo Mexicano de Hombres de Negocio* dominiert (vgl. Puga 2004: 45ff).

<sup>5</sup> López Obrador wurde als „Gefahr für Mexiko“ bezeichnet und mit der Regierung von Hugo Chávez und Guerillagruppen in Verbindung gebracht. Die Kampagne der PAN schürte zusätzlich die Angst vor einer Enteignung privaten Besitzes, sollte der linke Präsidentschaftskandidat an die Macht kommen (vgl. Monsiváis 2009: 49).

<sup>6</sup> Die vergleichende Entführung (*secuestro „equiparado“*) ist eine weitere, erst vor kurzem ins Leben gerufene juristische Figur, mit deren Hilfe versucht wird, soziale Protestbewegungen zu kriminalisieren. Im Rahmen dieses Straftatbestandes werden Mitglieder sozialer Organisationen oder Bewegungen, die für kurze Zeit öffentliche Funktionäre festhalten, mit den Höchststrafen wie im Falle einer tatsächlichen Entführung verurteilt. Die bekanntesten Fälle, in denen dieser Tatbestand zur Anwendung kam, sind die Verurteilungen von Jacinta Maciel und von Anführern der FPDT von Atenco. Letztere wurden durchgehend mit Haftstrafen von über 67 Jahren belegt (vgl. Granados Chapa 2009).

<sup>7</sup> In der Verordnung des Präsidenten vom 25. April 2009 stehen vor allem die Absätze IV und VIII des zweiten Paragraphen hervor. Diese befähigen das Gesundheitsministerium, sowohl „in jedwedem Geschäftslokal oder Wohnhaus einzudringen, um den Aufgaben der Kontrolle und der Bekämpfung der Epidemie nachzukommen“, als auch „die geeigneten Mittel anzuordnen, um Ansammlungen von Personen an jedem Ort zu vermeiden“ (DOF, 25.4.2009).

## Literatur

- Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (2007): Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos Verlag, 121-140.
- Andrade, Graciela (2007): Balance de la política económica foxista. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 19-39.
- Ángeles Cornejo, Oliva Sarahí (2007): La política energética aplicada durante el gobierno del presidente Fox. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 147-169.
- Arroyo Picard, Alberto (2009): El proceso de globalización neoliberal en las Américas: sobreviviendo entre derrotas. In: Fuentes Morúa, Jorge/Nava Vázquez, Telésforo (Hg.): Crisis del Estado: México 2006. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa/Universidad Autónoma Metropolitana, 13-43.
- Aziz Nassif, Alberto (2009): El desencanto de una democracia incipiente. México después de la transición. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 9-62.
- Banxico (2009): Balanza de pagos. CE80 – Ingresos por remesas. <http://www.banxico.org.mx/SieInternet/consultarDirectorioInternetAction.do?accion=consultarCuadro&idCuadro=CE80&sector=1&locale=es>, 22.8.2009.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Marburg: Metropolis.
- Benítez Manaut, Raúl (2009): La crisis de seguridad en México. In: Nueva Sociedad 220, 173-189. [http://www.nuso.org/upload/articulos/3601\\_1.pdf](http://www.nuso.org/upload/articulos/3601_1.pdf), 23.8.2009.
- Bizberg, Ilán (2007): Democracia y régimen de partidos en México en la perspectiva latinoamericana. In: Cadernos PROLAM/USP 6 (1), 103-127. [http://www.usp.br/prolam/downloads/2007\\_1\\_5.pdf](http://www.usp.br/prolam/downloads/2007_1_5.pdf), 12.2.2010.
- Boris, Dieter/Sterr, Albert (2002): FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus? Köln: ISP.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nikola (2009): Postneoliberalism: catch-all word or valuable analytical and political concept? – Aims of a beginning debate. In: development dialogue 51, 5-13. [http://www.dhf.uu.se/pdffiler/DD2009\\_51\\_postneoliberalism/Development\\_Dialogue\\_51.pdf](http://www.dhf.uu.se/pdffiler/DD2009_51_postneoliberalism/Development_Dialogue_51.pdf), 5.11.2009.
- Camacho Solís, Manuel (2004): México 2003: Evaluación preliminar y previsiones electorales. In: Concha Cantú, Hugo/Melgar Adalid, Mario (Hg.): México 2003: Elecciones intermedias. <http://www.bibliojuridica.org/libros/libro.htm?l=1464>, 12.7.2009, 1-5.
- Camacho, Zósimo (2007): Un fiasco la ley de Seguridad Nacional. In: voltairenet.org, 23.10.2007. <http://www.voltairenet.org/article152338.html>, 9.8.2009.

- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Hamburg: Argument.
- Candeias, Mario (2005): Widersprüche und Herausforderungen des „Post-Neoliberalismus“. <http://linksnet.de/de/artikel/19502>, 2.II.2009.
- Carrasco Araizaga, Jorge (2009): Oprobiosa impunidad militar. In: *Proceso* 1694, 19.4.2009, 6-10.
- Carrasco Araizaga, Jorge/Castellanos., Francisco (2009): Un golpe policíaco-electoral. In: *Proceso* 1700, 30.5.2009, 18-23.
- CCIODH – Comisión Civil Internacional de Observación de los Derechos Humanos (2007): Informe sobre los hechos en Oaxaca. [http://cciodh.pangea.org/quinta/informe\\_final/informesinmarcas.pdf](http://cciodh.pangea.org/quinta/informe_final/informesinmarcas.pdf), 8.II.2009.
- Centro Prodh (2006): Atenco: Estado de derecho a la medida. [http://centroprodh.org.mx/Publicaciones/Informes/info\\_pdf/2006/Atenco-%20Estado%20de%20derecho%20a%20la%20medida.pdf](http://centroprodh.org.mx/Publicaciones/Informes/info_pdf/2006/Atenco-%20Estado%20de%20derecho%20a%20la%20medida.pdf), 10.II.2009.
- Centro Prodh (2009): ¿Comandante supremo? La ausencia de control civil sobre las Fuerzas Armadas al inicio del sexenio de Felipe Calderón. <http://www.centroprodh.org.mx/Publicaciones/InformeAbusosMilitaresCOMP090309.pdf>, 22.8.2009.
- CEPAL (2009): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2008–2009. México. <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/4/36464/2009-252-EEE-2009-Mexico-F.pdf>, 22.8.2009.
- Concha Cantú, Hugo (2004): Significados políticos de las elecciones intermedias de México en 2003. In: Concha Cantú, Hugo/Melgar Adalid, Mario (Hg.): México 2003: Elecciones intermedias. México : UNAM, 7-25. <http://www.bibliojuridica.org/libros/libro.htm?l=1464>, 12.7.2009.
- Cordera Campos, Rolando/Flores Ángeles, Camilo (2009): De crisis a crisis: del cambio de régimen económico al derrumbe global (trayectoria y contexto). In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México, ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 63-87.
- Córdova, Arnaldo (2009): La democratización de México. Alternancia y transición. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 89-119.
- Cota Sánchez, Martha Adriana (2007): La contrarreforma a la seguridad social durante el sexenio de Vicente Fox, 2000–2006. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Mariña Flores, Abelardo/Torres, Nina (Hg.): Balance del sexenio foxista y perspectivas para los movimientos sociales. México, D.F.: Editorial Itaca, 193-214.
- Delgado, Álvaro (2007): El Yunque. La ultraderecha en el poder. México, D.F.: Random House Mondadori.
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Díaz Polanco, Héctor (2001): La autonomía indígena y la reforma constitucional en México. In: *Revista OSAL* 4, 15-22. <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/osal4/analisis.pdf>, 12.7.2009.

- DOF – Diario Oficial de la Federación (2009): Decreto por el que se ordenan diversas acciones en materia de salubridad general, para prevenir, controlar y combatir la existencia y transmisión del virus influenza estacional epidémica. 25.4.2009. [http://www.dof.gob.mx/nota\\_to\\_word\\_frame.php?codnota=5088365](http://www.dof.gob.mx/nota_to_word_frame.php?codnota=5088365), 8.II.2009.
- Espeleta Olivera, Mariana (2008): 28 de mayo en Guadalajara: Una apuesta por la represión. Palos de la Frontera: Universidad Internacional de Andalucía.
- Fazio, Carlos (2007): El Plan México: militarización, daños colaterales y soberanía. In: La Jornada, 21.8.2007. <http://www.jornada.unam.mx/2007/08/21/index.php?section=politica&article=012a1pol>, 20.8.2009.
- Garduño, Roberto/Méndez, Enrique (2008a): Reculan diputados en el tema de los allanamientos. In: La Jornada, 27.2.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/02/27/index.php?section=politica&article=003n1pol>, 17.8.2009.
- Garduño, Roberto/Méndez, Enrique (2008b): Entrega la SRE a legisladores detalles sobre el uso de fondos del Plan Mérida. In: La Jornada, 6.3.2008. <http://www.jornada.unam.mx/2008/03/06/index.php?section=politica&article=014n1pol>, 16.8.2009.
- González Casanova, Pablo (2002): El Estado y los partidos políticos en México. México, D.F.: Era Ediciones.
- Gramsci, Antonio (1984): Cuadernos de la cárcel. Bd. 3. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999a): Cuadernos de la cárcel. Bd. 2. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Gramsci, Antonio (1999b): Cuadernos de la cárcel. Bd. 5. México, D.F.: Era Ediciones/Benemérita Universidad Autónoma de Puebla. [Dt.: Gefängnishefte, 10 Bände. Hamburg: Argument 1991ff].
- Granados Chapa, Miguel Ángel (2009): Secuestro equiparado, esa infamia. In: Proceso 1688, 8.3.2009. <http://www.proceso.com.mx/rv/modHome/detalleExclusiva/66949>, 23.II.2009.
- Heigl, Miriam (2007): Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik 22 (1), 125-146.
- Hernández Navarro, Luis (2009): PRD: los Robinson en su isla parlamentaria. In: La Jornada, 8.12.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/12/08/index.php?section=opinion&article=017a2pol>, 9.12.2009.
- Herrera Beltrán, Claudia (2009): Calderón solicita 40 mil mdd al Fondo Monetario. In: La Jornada, 1.4.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/04/01/index.php?section=economia&article=019n1eco>, 24.8.2009.
- Human Rights Watch (2009): Impunidad Uniformada. Uso indebido de la justicia militar para investigar abusos cometidos durante operativos contra el narcotráfico y de seguridad pública. <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/mexi-00409spweb.pdf>, 13.7.2009.

- IFE (2006): Estadística de las Elecciones Federales de 2006. Resultados nacionales y por entidad. <http://www.ife.org.mx/documentos/Estadisticas2006/presidente/nac.html>, 3.8.2009.
- IFE (2009): Resultado de los cómputos de Circunscripción Plurinominal de la elección de Diputados por el principio de Representación Proporcional Nacional. [https://pef2009.ife.org.mx:51443/reportes\\_computos/nacionales/ComputosRP\\_Nac.html](https://pef2009.ife.org.mx:51443/reportes_computos/nacionales/ComputosRP_Nac.html), 24.8.2009.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. University Park, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- La Jornada (2002): Oficializa Fox el fin del proyecto aéreo en Texcoco. In: La Jornada, 6.8.2002. <http://www.jornada.unam.mx/2002/08/06/003n1pol.php?origen=index.html>, 19.8.2009.
- La Jornada (2006): El padrón, en manos de Hildebrando. In: La Jornada, 27.6.2006. <http://www.jornada.unam.mx/2006/06/27/index.php?section=opinion&article=002aredi>, 3.8.2009.
- Latinobarómetro (2008): Informe 2008. <http://www.latinobarometro.org/>, 19.8.2009.
- Méndez, Alfredo (2009): Desde hoy, ya es legal el espionaje telefónico de la PF. In: La Jornada, 2.6.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/06/02/index.php?section=politica&article=007n1pol>, 20.8.2009.
- Meyer, Lorenzo (2007): *El espejismo democrático. De la euforia del cambio a la continuidad*. México, D.F.: Editorial Oceano.
- Modonesi, Massimo/Oliver, Lucio (2009): Un ensayo general? El Virus A/H1N1, la contingencia sanitaria y la estrategia del miedo. OSAL, México. Informe de coyuntura, enero-abril 2009. [http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/analisis-de-coyuntura/mexico/2009/informe-de-coyuntura-de-mexico-enero-a-abril-de-2009/at\\_download/file](http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/analisis-de-coyuntura/mexico/2009/informe-de-coyuntura-de-mexico-enero-a-abril-de-2009/at_download/file), 14.8.2009.
- Moloeznik, Marcos Pablo (2008): Las Fuerzas Armadas en México: entre la atipicidad y el mito. In: Nueva Sociedad 213, 156-169. [http://www.nuso.org/upload/articulos/3500\\_1.pdf](http://www.nuso.org/upload/articulos/3500_1.pdf), 22.8.2009.
- Montalvo Ortega, Enrique (2005): Alternancia, ficción democrática y soberanía. In: Solís de Alba, Ana Alicia/Ortega, Max/Torres, Nina/Mariña, Abelardo (Hg.) *Soberanía nacional, crisis política y movimientos sociales*. México, D.F.: Editorial Itaca, 165-178.
- Monsiváis, Carlos (2009): México en 2009: la crisis, el narcotráfico, la derecha medieval, el retorno del PRI feudal, la nación globalizada. In: Nueva Sociedad 220, 42-59. [http://www.nuso.org/upload/articulos/3593\\_1.pdf](http://www.nuso.org/upload/articulos/3593_1.pdf), 8.11.2009.
- Montemayor, Carlos (2009): Nuevas leyes para la violencia de Estado. In: *Proceso* 1698, 17.5.2009, 36-39.
- Morton, Adam David (2003): Structural change and neoliberalism in Mexico: 'passive revolution' in the global political economy. In: *Third World Quarterly* 24 (4), 631-653.

- Notimex (2009): Prevé Carstens caída de 30% en inversión extranjera. In: La Jornada, 29.7.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2009/07/29/index.php?section=economia&article=025nreco>, 22.8.2009.
- Oliver, Lucio (2009): El Estado ampliado en Brasil y México. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- OSAL – Observatorio Social de América Latina (2009): Cronología del conflicto social. México, junio 2009. [http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/mexico/2009/cronologia-mexico-junio-2009/at\\_download/file](http://www.clacso.org.ar/clacso/areas-de-trabajo/area-academica/osal/produccion-academica/cronologias/mexico/2009/cronologia-mexico-junio-2009/at_download/file), 30.11.2009.
- Pérez, Ciro/Ballinas, Víctor (2007): Los Pinos y tv censuran mensaje de la presidenta del Congreso. In: La Jornada, 02.09.2009. <http://www.jornada.unam.mx/2007/09/02/index.php?section=politica&article=003n1pol>, 19.8.2009.
- Pérez Fernández del Castillo, Germán (2008): México 2006: Las elecciones que dividieron al país. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa.
- Pirker, Kristina (2001): Der Herbst der Patriarchen ... Mexikanische Gewerkschaften und neoliberale Globalisierung. In: Journal für Entwicklungspolitik 17 (3-4), 255-271.
- Puga, Cristina (2004): Los empresarios organizados y el Tratado de Libre Comercio de América del Norte. México, D.F.: Miguel Ángel Porrúa/Facultad de Ciencias Políticas y Sociales, UNAM.
- Rodríguez Araujo, Octavio (2009): Metamorfosis del régimen político mexicano, ¿irreversible?. In: Rodríguez Araujo, Octavio (Hg.): México: ¿un nuevo régimen político? México, D.F.: Siglo XXI, 253-294.
- Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): Hegemoniezyklen in Lateinamerika – Einführung und Kontext. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 7-39.
- Soederberg, Susanne (2001): From Neoliberalism to Social Liberalism: Situating the National Solidarity Program within Mexico's Passive Revolutions. In: Latin American Perspectives 28 (3), 104-123.
- Tapia, Luis (2008): La reforma del sentido común en la dominación neoliberal y en la constitución de nuevos bloques históricos nacional-populares. In: Ceceña, Ana Esther (Hg.): De los saberes de la emancipación y la dominación. Buenos Aires: CLACSO, 101-113.
- Tello, Carlos (2007): Estado y desarrollo económico: México 1920–2006. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México.
- Urrutia, Alonso (2003): Multa el IFE con \$545 millones a PAN y *verdes*. In: La Jornada, 7.10.2003. <http://www.jornada.unam.mx/2003/10/07/003n2pol.php?origen=index.html&fly=1>, 1.8.2009.
- Villamil, Genaro (2008): Legisladores violentados. In: Proceso 1669, 26.10.2008, 22-23.
- Villanueva, Ernesto (2009): Michoacán, estado sin derecho. In: Proceso 1700, 31.5.2009, 39.

## Abstracts

Die ab dem Jahr 1982 erfolgte Implementierung des neoliberalen Projekts in Mexiko wurde als eine Serie von passiven Revolutionen beschrieben. Trotz der kaum vorhandenen materiellen Zugeständnisse an die subalternen Gruppen gelang es, das neoliberale Herrschaftsprojekt auf die Basis eines fragilen passiven Konsenses zu stellen. Dieser zeigte jedoch schon bald erste Risse, wie die breite Unterstützung des Aufstands der Zapatisten von 1994 veranschaulicht. Der historische Regierungswechsel im Jahr 2000 beschleunigte den Zusammenbruch der neoliberalen Stabilitätsreserven und mündete ab 2003 in eine umfassende Hegemoniekrise. Bestes Beispiel dafür ist der Wahlbetrug im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von 2006, der den Sieg des linksgerichteten Kandidaten verhinderte. Obwohl sich die subalternen Gruppen in der Hegemoniekrise neu positionieren konnten, ist es ihnen nicht gelungen, ihre Fragmentierung zu überwinden und die nationalen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der Wahlerfolg der Partei der Institutionellen Revolution (Partido Revolucionario Institucional, PRI) in den Kongresswahlen Mitte 2009, die Konturen eines autoritären und militarisierten Staates und der enorme Einfluss der Fernsehunternehmen auf die öffentliche Meinung deuten eher auf eine konservative Lösung der Krise neoliberaler Hegemonie hin.

The implementation of neoliberalism in Mexico since 1982 has been described as a series of passive revolutions. Despite making minimal material concessions to subaltern groups, the neoliberal project succeeded in establishing a fragile basis of passive consent. However, this consent quickly showed first fractures, as was illustrated by the broad support for the Zapatista rebellion in 1994. In this context, the historic change of government in 2000 accelerated the breakdown of neoliberal stability resources and culminated in a plain hegemonic crisis which has persisted since 2003, a crisis which is also expressed by the early struggles for the search for a successor to President Vicente Fox and the use of electoral fraud as the ultimate means to secure conservative dominance. Due to their fragmentation, subaltern forces were not able to stimulate a significant change in dominant power relations. On the contrary, the victory of the PRI in the midterm elections of 2009, the outlines of an authoritarian and militarised state and the power of the television duopoly indicate a conservative solution to the crisis of neoliberal hegemony.

Stefan Pimmer

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM); stefan@pimmer.info